

585366-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Landratsamt München - Mariahilfplatz 17 (Gebäudeteil B-Bau) - Objektplanung Gebäude

OJ S 190/2024 30/09/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis München (Landratsamt München)

E-Mail: vgv@hsp-projekt.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Landratsamt München - Mariahilfplatz 17 (Gebäudeteil B-Bau) - Objektplanung Gebäude

Beschreibung: Nutzungsänderung und Teil-Sanierung UG mit Schadstoffsanierung und Brandschutzertüchtigung Decke über UG

Kennung des Verfahrens: a05ad69a-3372-4bfd-98f3-f0667c036a78

Interne Kennung: 467 LRA MUC_VgV_ARC

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Das Risiko für den rechtzeitigen Eingang des Teilnahmeantrags liegt beim Bewerber. Abgabe des Teilnahmeantrags, sowie die vollständige Kommunikation während des Verfahrens erfolgt ausschließlich digital über die Vergabepattform. Per Post, Kurier, per Nachricht an die Vergabestelle, direkt oder anderweitig elektronisch (E-Mail etc.) übermittelte Teilnahmeanträge und sonstige Unterlagen/Bieterfragen werden nicht berücksichtigt und können sogar zum Ausschluss führen. Der ausgefüllte Teilnahmeantrag sowie die geforderten Unterlagen zum Verhandlungsverfahren sind in Textform nach § 126b BGB einzureichen. Teilnahmeanträge und Angebote in Textform müssen nicht handschriftlich signiert werden. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform sind der Bieter und die

zur Vertretung des Bieters berechnete natürliche Person zu benennen. Fehlen diese Angaben, wird das Angebot ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56 VgV das Recht vor, Nachweise und Erklärungen bzw. fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Aus dem Vorbehalt ergibt sich kein Anspruch der Bieter bzw. Bewerber. Im Falle der Eignungsleihe hat der Bewerber oder Bieter eine unterzeichnete und verbindliche Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unternehmens vorzulegen, dass ihm die Mittel zur Verfügung stehen werden (§ 47 Abs. 1 VgV). Das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, muss folgende Erklärungen vorlegen: a) Erklärungen, dass Ausschlussgründe gem. § 123 oder § 124 GWB und Russlandbezug nicht vorliegen, b) Nachweis der Eignung des Unternehmens, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, in Bezug auf die Eignungskriterien entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe. Erfüllt ein Unternehmen diejenigen Eignungskriterien nicht, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, kann der Auftraggeber vorschreiben, dass der Bewerber oder Bieter das entsprechende Unternehmen ersetzen muss (§ 47 Abs. 2 VgV). Nimmt der Bewerber oder Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, kann der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters und des (jeweils) anderen Unternehmens entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV). Bewerber/Bieter dürfen bei der Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote nicht anwesend sein (§ 55 Abs. 2 Satz 2 VgV). Es wird vorausgesetzt, dass die im Teilnahmeantrag genannten und vorgesehenen Projektleiter sowie Stellvertreter am Vorstellungs-/Verhandlungstermin teilnehmen und die jeweiligen Präsentationspunkte je nach Zuständigkeit eigenverantwortlich vorstellen. Dies kann sich in der Bewertung widerspiegeln. Nur vollständig ausgefüllte Teilnahmeanträge mit vollständigen Nachweisen und Anlagen werden berücksichtigt. Bewerbungen mit fehlenden Angaben bei Pflichtfeldern (grün schattiert) werden nicht berücksichtigt oder es erfolgt Punktabzug. Änderungen, Abweichungen und Nichteinhaltungen sind zu kommentieren. Gewertet werden 2 Referenzen aus dem Referenzformular, welche die Mindestanforderungen erfüllen und die höchste Punktzahl gemäß der veröffentlichten Kriterien erreichen. Wurden Referenzen im Rahmen einer ARGE, oder als/mit Nachunternehmer erbracht, so ist dies und der auf den Bewerber entfallene Auftragsumfang anzugeben. Referenzangaben sind gemäß § 46 VgV einzureichen, hierfür ist ein Formblatt „Liste Referenzen“ bereitgestellt. Zusätzliche Referenzpräsentationen, Bilder oder dgl. werden nicht berücksichtigt. Die eingereichten personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Verfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben sind Voraussetzung für die Wertung der Bewerbung. Bei einer Beteiligung am Verfahren wird die Registrierung auf der Vergabepattform empfohlen. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern zum Verhandlungsverfahren: Bewertung lt. veröffentlichten Kriterien. Erfüllen mehrere Bewerber an einem Teilnahmewettbewerb mit festgelegter Höchstzahl gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, wird durch das Losverfahren gem. § 75 (6) VgV entschieden. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56 VgV das Recht vor, Nachweise und Erklärungen bzw. fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Aus dem Vorbehalt ergibt sich kein Anspruch der Bewerber und Bieter. Voraussichtlicher Vorstellungs-/Verhandlungstermin: KW 1/2025. Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter/Bietergemeinschaften, die mit ihren Erstangeboten auf den ersten Plätzen liegen, aufzufordern, weitere Folgeangebote abzugeben und weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. Für die Abgabe etwaiger Folgeangebote gelten die gleichen Wertungskriterien, die gleichen Gewichtungen und die gleiche Wertungsformel, wie

für die Abgabe der Erstangebote. Aus Platzgründen sind die Zuschlagskriterien im Bekanntmachungstext nur komprimiert dargestellt, die vollständigen Zuschlagskriterien mit Unterpunkten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Konkurs: Insolvenz

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung

Vergleichsverfahren: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bildung krimineller Vereinigungen

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung

Betrugsbekämpfung: Betrug oder Subventionsbetrug

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel,

Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung

Zahlungsunfähigkeit: Zahlungsunfähigkeit

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Insolvenz

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Rein nationale Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Interessenkonflikt

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Schwere Verfehlung

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Mangelhafte

Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Einstellung der beruflichen Tätigkeit

Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Bildung terroristischer Vereinigungen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Landratsamt München - Mariahilfplatz 17 (Gebäudeteil B-Bau) - Objektplanung Gebäude

Beschreibung: Landratsamt München - Mariahilfplatz 17 (Gebäudeteil B-Bau)
Nutzungsänderung und Teil-Sanierung UG mit Schadstoffsanierung und Brandschutzertüchtigung Decke über UG, Errichtung Notstromaggregat FEZ, Projektsumme (gesamt) ca. 1,9 Mio. EUR netto (KGR 300, 400, 700). Leistungen der Objektplanung für Gebäude und Innenräume gem. §§ 34 ff HOAI – LPH 5-9. Die geplante Maßnahme mit Teil-Nutzungsänderung im Untergeschoss und Erstellung eines neuen Flucht- und Rettungsweges über eine Keller-Außentreppe befindet sich im denkmalgeschützten Gebäude des Landratsamtes München im Bauteil B. Das Gebäude wurde 1902/1903 als Königlich Bayerisches Amtsgericht errichtet und ist in den wesentlichen Gebäudeteilen mit Ausnahme der Raumausstattung weitgehend unverändert erhalten geblieben. Das ehemalige Amtsgericht ist als Vierflügelbau mit vier Vollgeschossen über einem Hochkeller um einen Innenhof erbaut. Die horizontale Erschließung erfolgt mit umlaufenden Fluren, die im UG vom Heizungsraum im Südwestflügel unterbrochen werden. Die aus der Bauzeit noch vollständig erhaltene, vertikale Erschließung besteht aus dem Haupttreppenhaus (TR 15) mit anschließender Treppenhalle und dem gegenüberliegenden Nebentreppenhaus (TR 14). Es handelt sich bei der Teil-Nutzungsänderung im Untergeschoss um nicht öffentlich zugängliche Räume, die als Nebenräume für eine Verwaltungsnutzung dienen. Die Nutzungsänderung bezieht sich auf einzelne Räume, die ursprünglich für eine Lagernutzung genehmigt wurden und zukünftig Werkstatt oder Technikräume beinhalten sollen. Die Werkstätten sind ausschließlich für das haustechnische Personal des Landratsamtes vorgesehen und werden für Reparaturarbeiten benötigt. In der aktuellen Beurteilung des Brandschutzes wurde festgestellt, dass für die Entfluchtung des Untergeschosses eine neue Außentreppe als baulicher Flucht- und Rettungsweg erforderlich ist anstelle des vorhandenen Notausstiegsfensters. Zusätzlich wird die Geschossdecke über UG, die im Bestand noch keine brandschutztechnische Ertüchtigung erfahren hat, entsprechend dem Brandschutznachweis feuerbeständig verstärkt. Das Gebäude wurde in die Gebäudeklasse 5 eingestuft und ist ein Sonderbau. Die beiden Gebäude stehen unter Denkmalschutz. Entsprechende Vorgaben zum Denkmalschutz sind hier abzustimmen und zu beachten. Das gesamte Grundstück der Liegenschaft ist als Bodendenkmal ausgewiesen. Im Innenhof der Liegenschaft ist ein schützenswerter Baumbestand vorhanden, der insbesondere mit der Flügelnuss als Naturdenkmal, die zu erhalten ist. Die Maßnahmen sind so zu planen und mit einer Umweltbaubegleitung abzustimmen, dass Beschädigungen an Stamm, Krone und am Wurzelwerk unbedingt zu vermeiden sind. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass bereits im Vorfeld ein Unternehmen mit der Bearbeitung der Leistungsphasen 1 - 4 vorbefasst war. Zum Vorteilsausgleich werden Informationen und Arbeitsergebnisse im Verfahren zur Verfügung gestellt. Hierdurch stellt der Auftraggeber sicher, dass der Wettbewerb durch eine etwaige Teilnahme des vorbefassten Unternehmens nicht verzerrt wird (vgl. § 7 Abs. 1 und 2 VgV).
Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 03/02/2025

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2031

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Dieser Auftrag kann verlängert werden. Die genaue Laufzeit des Vertrages kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden und ist abhängig von Terminplanung Planung und Bau. Vorgesehen ist die Beauftragung der Leistungsphasen 5-8 (9), eine stufenweise Beauftragung ist nicht vorgesehen.

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: - Basisinformation des Bewerbers. - Bei

Bietergemeinschaften: Vorlage der Eigenerklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung. Bei der Abgabe der Eigenerklärungen ist das den Vergabeunterlagen beigelegte Formular zu verwenden. Der Auftraggeber kann Unternehmen auffordern, die vorgelegten

Bescheinigungen zu vervollständigen oder zu erläutern. - Berechtigung zur Führung einer Berufsbezeichnung Architekt/Ingenieur nach Architekten- und Ingenieurgesetz des jeweiligen Bundeslandes. Juristische Personen, wenn deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungsleistungen der hier gegebenen Art ausgerichtet ist. Für ausländische Bewerber Nachweis der Gleichstellung entsprechend RL 2005/36EG, geändert durch RL 2013/55/EU.

Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied genannt und teilnahmeberechtigt sein.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: - Mitarbeiterstruktur: 3-Jahresdurchschnitt (Jahre 2022 bis 2024) Mitarbeiter der für die ausgeschriebene Planungsleistung relevanten Abteilungen: ≥ 3 = 1 Pkt.; < 3 = 0 Pkt. (Gewichtung x 2). Mindestkriterien: Nachweis über bestehende

Haftpflichtversicherung für Personenschäden mind. 1,5 Mio. € je Versicherungsfall, für sonstige Schäden mind. 1,5 Mio. € je Versicherungsfall. Weiter ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Es ist eine aktuelle Deckungsbestätigung - nicht älter als 1 Jahr - einzureichen. Erfüllt die bestehende Haftpflichtversicherung die geforderten Summen nicht, kann auch eine Erklärung der Versicherungsgesellschaft/des Versicherungsmaklers abgegeben werden, dass die bestehende Versicherung im Auftragsfall an die Höhe der

geforderten Summen angepasst wird. Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied eine ausreichende Versicherungsdeckung nachweisen oder eine Bestätigung durch die Versicherung einreichen, dass die Deckungssummen im Auftragsfall angepasst werden.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderung: Die eingesetzte Projektleitung Planung muss die Qualifikation bzw. Berufsbezeichnung »Architektin« oder »Architekt«

führen. Dies ist mittels Diplomzeugnis, Eintragungsnachweis Architektenkammer oder

vergleichbar nachzuweisen. - Berufsjahre Projektleitung Planung: ≥ 10 Jahre = 2 Pkt.; < 10

Jahre und ≥ 5 Jahre = 1 Pkt., < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2), - Berufsjahre stellv.

Projektleitung: ≥ 5 Jahre = 1 Pkt.; < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2), - Berufsjahre

Projektleitung Objektüberwachung: ≥ 10 Jahre = 2 Pkt.; < 10 Jahre und ≥ 5 Jahre = 1 Pkt., < 5

Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2), - Berufsjahre stellv. Projektleitung Objektüberwachung: ≥ 5

Jahre = 1 Pkt.; < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2). Büroreferenzen: Es sollen max. 3

Referenzen eingereicht werden. Gewertet werden die beiden Referenzen, welche die

Mindestanforderungen erfüllen und die höchste Punktzahl gemäß der nachfolgenden Kriterien

erreichen. Wertungsparameter 1: - Referenzprojekt mit vergleichbarer Umfang (Fläche /

Kubatur): BGF Bearbeitungsfläche $\geq 2.000 \text{ m}^2$ = 2 Pkt.; $< 2.000 \text{ m}^2$ und $\geq 1.750 \text{ m}^2$ = 1 Pkt.; $< 1.750 \text{ m}^2$ = 0 Pkt. (Gewichtung x 2). - Referenzprojekt mit vergleichbarem Projektrahmen:

Kostenfeststellung KGR 300+400 netto $\geq 1.500.000 \text{ EUR}$ = 2 Pkt.; $< 1.500.000 \text{ EUR}$ und $\geq 1.$

250.000 EUR = 1 Pkt.; $< 1.250.000 \text{ EUR}$ = 0 Pkt. (Gewichtung x 2). Wertungsparameter 2: -

Referenzprojekt mit vergleichbarer Umfang (Fläche / Kubatur): BGF Bearbeitungsfläche $\geq 1.$

750 m^2 = 2 Pkt.; $< 1.750 \text{ m}^2$ und $\geq 1.500 \text{ m}^2$ = 1 Pkt.; $< 1.500 \text{ m}^2$ = 0 Pkt. (Gewichtung x 2). -

Referenzprojekt mit vergleichbarem Projektrahmen: Kostenfeststellung KGR 300+400 netto $\geq 1.$

250.000 EUR = 2 Pkt.; $< 1.250.000 \text{ EUR}$ und $\geq 1.000.000 \text{ EUR}$ = 1 Pkt.; $< 1.000.000 \text{ EUR}$ = 0

Pkt. (Gewichtung x 2). Zusatzpunkte: - Bei mind. einem der wertbaren Referenzprojekte waren

der Umfang des Denkmalschutzes am Sanierungsanteil bzw. die denkmalschutztechnischen

Belange wesentlich. Anzahl ≥ 1 = 1 Pkt., Anzahl = 0 = 0 Pkt. (Gewichtung x 2), - Bei mind.

einem der eingereichten und wertbaren Referenzprojekte handelt es sich um eine

Baumaßnahme mit Baustellenabwicklung bei angrenzendem laufenden Betrieb. Anzahl ≥ 1 = 1

Pkt., Anzahl = 0 = 0 Pkt. (Gewichtung x 2), - Bei den eingereichten und wertbaren

Referenzprojekten handelt es sich um eine Umbau-/Sanierungsmaßnahme. Anzahl ≥ 2 = 2

Pkt., Anzahl = 1 = 1 Pkt., Anzahl = 0 = 0 Pkt. (Gewichtung x 2). Mindestanforderungen: -

Referenznachweis mit Leistungsinhalt: Sonderbau nach Landesbauordnung. -

Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 (nach HOAI) zwischen 2017 bis zum Abgabetermin

des Teilnahmeantrags. - Mind. die Leistungsphasen 5-8 (Objektplanung Gebäude) sind

beauftragt nachzuweisen. - Bei Arbeitsgemeinschaften muss die ARGE in dieser Konstellation

ein durchgehendes Leistungsbild gem. der Mindestanforderungen (LPH 5-8) nachweisen.

Dabei darf jeder ARGE-Partner bis zu drei voneinander unabhängige Referenzprojekte

einreichen. Aus den Referenzen sollen mindestens die im Auftragsfall durch den jeweiligen

ARGE-Partner zu erbringenden Leistungsphasen hervorgehen. Je ARGE-Partner wird eine

Referenz gewertet. Gewertet werden die beiden Referenzen, welche unter Berücksichtigung

der Mindestanforderungen die höchstmögliche Punktzahl erreichen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 1. Darstellung des für die Durchführung des Projekts vorgesehenen Projektteams, Kapazitätsplanung und Verfügbarkeit

Beschreibung: 1. Darstellung des für die Durchführung des Projekts vorgesehenen Projektteams, Kapazitätsplanung und Verfügbarkeit

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 2. Vorstellung, Projekterfahrung, Fachkunde der vorgesehenen Projektleiter und stellv. Projektleiter

Beschreibung: 2. Vorstellung, Projekterfahrung, Fachkunde der vorgesehenen Projektleiter und stellv. Projektleiter

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 3. Darstellung der vorgesehenen Herangehensweise an die Projektaufgabe und Planungsmethoden

Beschreibung: 3. Darstellung der vorgesehenen Herangehensweise an die Projektaufgabe und Planungsmethoden

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 4. Darstellung der geplanten Herangehensweise zur Kosten- und Termineinhaltung in der Ausführungsvorbereitung / Ausführung

Beschreibung: 4. Darstellung der geplanten Herangehensweise zur Kosten- und Termineinhaltung in der Ausführungsvorbereitung / Ausführung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: 5. Honorar gem. Unterkriterien und bes. Leistungen: Honorarzone, Honorarsatz, Leistungsbild, etc.

Beschreibung: 5. Honorar gem. Unterkriterien und bes. Leistungen: Honorarzone, Honorarsatz, Leistungsbild, etc.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/a05ad69a-3372-4bfd-98f3-f0667c036a78

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 20/11/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/a05ad69a-3372-4bfd-98f3-f0667c036a78

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 28/10/2024 10:00:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 164 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Erklärung, dass Ausschlussgründe gem. § 123 Abs. 1-3, Abs. 4 Satz 1, § 124 GWB nicht vorliegen sowie betreffend Russlandbezug.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen

erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur

Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis München (Landratsamt München)

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landkreis München (Landratsamt München)

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis München (Landratsamt München)

Registrierungsnummer: 7793

Postanschrift: Joseph-Wild-Straße 20

Stadt: München

Postleitzahl: 81829

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vgv@hsp-projekt.de

Telefon: +49 8631166630

Internetadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: 336cc000-dc45-4abe-a1b6-9d3d7b424ee2

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a05ad69a-3372-4bfd-98f3-f0667c036a78 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/09/2024 05:51:00 (UTC+00:00)
Westeuropäische Zeit, GMT
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 585366-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 190/2024
Datum der Veröffentlichung: 30/09/2024